

# Betriebsräte-Zeitschrift



## für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart  
Erscheint alle 14 Tage \* Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dikmann

4. Jahrg.

Stuttgart, 22. Dezember 1923

Nummer 24

### Inhaltsverzeichnis:

1. Die Selbstauschaltung der Demokratie (Tony Sender, Frankfurt a. M.).
2. Die Entwertung des Dollars (Julian Borchardt).
3. Ein neues Attentat auf die Reichsbahn? (Tony Sender, Frankfurt a. M.).
4. Arbeitswissenschaft und Psychotechnik (Dr. Franziska Baumgarten, Berlin).
5. Bücherbesprechung.

\*  
Beilage: Arbeiterrecht im Betrieb (Nr. 10).

## Die Selbstauschaltung der Demokratie

Tony Sender, Frankfurt a. M.

Währungs- und Finanzsanierung sind aufs engste miteinander verknüpft. Nur wenn beide zugleich in Angriff genommen werden, ist Aussicht auf Erfolg vorhanden. In Deutschland hatten Steuerscheu und Profitsucht der Besitzenden, gestützt durch die Feigheit der bürgerlichen Parteien, eine derart ungeheuerliche Mißwirtschaft der öffentlichen Finanzen geschaffen, daß die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Staates in unmittelbarster Nähe gerückt ward, der allerdings auch die Wirtschaft mit herabzureißen drohte. So weit mußte es kommen, bis man sich schließlich, nachdem Monate und Jahre, in denen man verhältnismäßig leichter zum Ziele hätte gelangen können, ungenutzt verstrichen waren, dazu entschloß — halbe Maßnahmen zu ergreifen. Hatten wir schon seit Jahr und Tag mit Nachdruck hervorgehoben, daß eine Sanierung der Währung nur möglich sei, wenn gleichzeitig durch ein großzügiges Steuerprogramm eine Sanierung der Staatsfinanzen in die Wege geleitet werde, so ging dennoch die Regierung und ihre „Fachleute“ den umgekehrten Weg und schufen mit Hilfe des ersten Ermächtigungsgesetzes durch die Gründung der Rentenbank die neue Währung. Aber kein ernsthafter Schritt war dazu getan, dem Reiche, dem nunmehr der Notendruck untersagt war, endlich auch die Einnahmequellen zu erschließen, die ihm das Dasein ermöglichen konnten. Wie in dem Weltkrieg, so torfelte man auch von einer schweren Kalamität in noch größere, immer hart am Rande des Abgrunds.

Kein Zweifel, daß diese Methode von der Bourgeoisie bewußt angewandt wurde. War es ihr in den vergangenen Jahren gelungen, durch das Mittel der Inflation sich selbst auf bequemste Weise zu bereichern und die Arbeit-

näher und ihre Organisationen aufs empfindlichste zu schwächen, so glaubte sie nunmehr den Zustand reif, um die durch sie selbst mit herbeigeführte furchtbare Verelendung aller arbeitenden Schichten im Verein mit der Wirtschaftskrise und der bewußt bis an die äußerste Grenze des Zusammenbruchs verschleppten Finanzpolitik endgültig für ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele auszunutzen zu können. Die Zuspitzung der Verhältnisse war derart groß und für jeden sichtbar, daß nunmehr das Übertrumpfungsmanöver Erfolg versprach.

Eiligste und drakonischste Maßnahmen sind erforderlich, sollen wir vor dem Schlimmsten bewahrt werden; diese aber können nicht auf dem langsamen und schwerfälligen Wege der normalen Gesetzgebung ergriffen werden, dazu bedarf vielmehr eine nach rechts durch die Mitbeteiligung der putschistischen Bayerischen Volkspartei erweiterte Reichsregierung **diktatorischer Vollmachten**, damit umgehend in aller Strenge durchgegriffen werden kann. In richtiger Erpressermanier wird diese Diktatorvollmacht dadurch zu erzwingen versucht, daß gedroht wird, im Falle der Nichterteilung der Ermächtigung zur Absolutie kurzerhand mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung regieren zu wollen.

Die Bourgeoisie hat ihren Zweck erreicht — die völlige Selbstausschaltung des Parlaments und damit der Demokratie, der Vorhang ist vorgezogen vor die Tribüne des Volkes und der Öffentlichkeit und dahinter kann die Entrechtung des arbeitenden Volkes ungestört ihren Fortgang nehmen. Die Volksvertretung hat sich heimlich lassen und es steht noch dahin, wann und ob sie wieder zusammentreten wird. Aber besteht nicht ein Ersatz in dem sogenannten „Fünfzehnerausschuß“, dem die Vorlagen der Regierung zu unterbreiten sind? Ach nein, dieser Fünfzehnerausschuß ist lediglich eine „Augentäuschung für ein sehr dummes Publikum“, wie ein linksstehendes bürgerliches Berliner Organ es richtig bezeichnet. Hat doch der Ausschuß nur beratende Stimme und darf nicht einmal öffentlich, sondern nur streng vertraulich tagen. Und dasselbe bürgerliche Blatt fährt richtig in der Charakterisierung dieses Ausschusses fort:

„Er ist nichts. Er ist weniger als nichts. Statt eines Schutzes gegen Übergriffe der Regierung ist er eher eine Schutzwand für die Regierung: er verleihl ihren Schritten den Schein einer parlamentarischen Sanktion.“

Die Situation muß darum vom Proletariat klar erkannt werden: **Wir haben zurzeit in Deutschland den reinsten Absolutismus, der von der Regierung als dem Willensvollstrecker der kapitalistischen Parteien gehandhabt wird.**

Und nach der Generalprobe des ersten Ermächtigungsgesetzes mit seinen fast ausschließlich gegen die Sozialpolitik gerichteten Maßnahmen können wir uns auf einiges gefaßt machen, das uns nunmehr auf Grund dieses neuen und diesmal völlig unbeschränkten Ermächtigungsgesetzes beglücken wird. Vergessen wir doch nicht, daß es immer und immer wieder um die Beantwortung der Frage geht:

**Auf wessen Kosten soll die Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft erfolgen?**

Ist es etwa für einen Proletarier heute noch zweifelhaft, wie die Bourgeoisie und ihre Beauftragten in der Regierung diese Frage beantworten

wird? Dann genügt zur Aufklärung nur eine oberflächliche Reminis der Absichten des Kabinetts, wie sie vom Reichsfinanzminister, dem vielgewandten, äußerst rechtsgerichteten Herrn Dr. Luther formuliert wurden:

Schärfste Abbaumaßnahmen, Sistierung aller in der Reichsverfassung versprochenen sozialen Gesetze, Einschränkung der öffentlichen Fürsorge bis zu deren völligem Verschwinden, und dann erst die Schaffung neuer Einnahmen, wobei wiederum in erster Linie die indirekten Steuerquellen und damit die arbeitenden Schichten herangezogen werden sollen — das ist die Devise für die bevorstehende „Sanierung“.

Von 40 zunächst in Aussicht genommenen Abbaumaßnahmen sind mehr als zwei Drittel gegen die sozial Schwachen gerichtet, wie es ja direkt als Prinzip in dem letzten aufgeführten Punkt direkt als Grundsatz in den Worten aufgestellt wird:

**„Einschränkung aller Ausgaben für kulturelle und Wohlfahrtszwecke, auch soweit sie auf Bestimmungen der Verfassung beruhen.“**

Damit die Kollegen sich bereits ein ungefähres Bild dessen, was uns erwartet, machen können, seien hier wenigstens eine Reihe der Absichten der Regierung aufgeführt:

Zunächst sollen natürlich alle vorbereiteten und zum Teil bereits vorberatenen Gesetzentwürfe, wie alle Schulgesetze, das Beamtenvertretungsgesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt in den eisernen Schrank zur Aufbewahrung gestellt werden. Sodann folgt der soziale Abbau: Die auf Grund des Gesetzes über die Sicherung der Brotversorgung den Sozialrentnern und Kinderreichen gesetzlich zugesprochene Hilfe soll im weitesten Umfang zurückgezogen und nur noch „den allerbedürftigsten Volksteilen“ eine kleine Erleichterung gewährt werden. Für die Wochenhilfe will man überhaupt keine Reichsmittel mehr zur Verfügung stellen.

Der „Dank des Vaterlandes“ wird noch einmal drastisch dokumentiert in dem beabsichtigten Abbau der Fürsorge- und Hauptfürsorgestellen für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Und ebenso soll es den anderen Opfern des „Deutschtums“ ergehen, denn auch ein beschleunigter Abbau der Fürsorge des Roten Kreuzes für die reichsdeutschen Auslandsflüchtlinge, die Elsaß-Lothringer und die sonstigen Grenzvertriebenen ist ins Auge gefaßt.

Der damit heraufbeschworenen wirtschaftlichen Verelendung fügt sich ergänzend der Abbau der hygienischen Einrichtungen an, denn aus dem kaum geschaffenen Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sollen alle Bestimmungen ausgeschaltet werden, mit denen eine Kostenaufbringung des Reiches verbunden ist.

Das Beamtenabbaugesetz beginnt bereits seine „wohlthätigen Folgen“ zu zeigen, indem es nicht nur die Auswahl der zu Entlassenden der Bestimmung durch die deutschnationalen höheren Beamten überläßt, damit zugleich eine Korrektur der „Demokratisierung der Verwaltung“ vornehmend, ergänzt durch die Entlassung aller republikanischen freien Angestellten in der Verwaltung, sondern in ebenso harter Weise werden durch dieses Gesetz die Arbeiter der öffentlichen Verwaltungen „abgebaut“ — allein bei der Eisen-

bahn sollen bis zum Januar rund 200 000 Arbeiter zur Entlassung gelangen. Jedes Einspruchsrecht auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes ist ihnen geraubt.

Die so brotlos Gemachten erwartet aber ein noch härteres Schicksal als bisher die Opfer der herrschenden Wirtschaft: Es sichert bereits durch, daß zunächst eine außerordentlich starke „Verwässerung“ der Erwerbslosenunterstützung eintreten soll, da im Etat nur eine bestimmte, niedrige und nicht zu erhöhende Summe für diese Zwecke vorgesehen und auch der durch die Versicherungsbeiträge angesammelte Fonds der Erwerbslosenversicherung angesichts der herrschenden Wirtschaftskrise noch kein beträchtlicher ist. Zerfließt somit die Erwerbslosenfürsorge mehr und mehr, so ist weiter in Aussicht genommen, die Kurzarbeiterunterstützung überhaupt schwinden zu lassen — nachdem man ja bereits mit Hilfe des ersten Ermächtigungsgesetzes begonnen hatte, sie kräftig abzubauen.

In vorbildlicher Weise hat zugleich das Reich eine Drosselung der Löhne und Gehälter bereits eingeleitet und damit der Privatindustrie willkommenen Anreiz zur Racheiferung gegeben. Das hat ein großer Teil der Schlichtungsausschüsse und ihrer „unparteiischen“ Vorsitzenden schnell begriffen, und so kommen denn sogenannte Goldlöhne zustande, die, gemessen an der realen Kaufkraft, sehr tief unter dem Friedensniveau liegen. Es wird damit ein Tiefstand des Existenzniveaus herbeigeführt, der zu einer Untergrabung der Arbeitsfähigkeit schließlich führen muß.

Damit aber ist die Schröpfung der Arbeiterklasse noch nicht am Ende: Mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes wird die Reichsregierung eine **Steuernotverordnung** erlassen. Man sollte meinen, daß bisher schon in Deutschland die Nichtbesitzenden dermaßen zur Steuerleistung herangezogen waren, daß mehr aus ihnen nicht mehr herauszupressen sei. Fehlgegangen — die Regierung bringt auch dieses Kunststück fertig. Bemerkenswert ist ja, daß von der Regierung keine klaren Angaben darüber zu erhalten waren, wie hoch sich der effektive Bedarf des Reichshaushalts und wie hoch sich der wahrscheinliche Ertrag der in Aussicht genommenen steuerlichen Maßnahmen belaufen, so daß es auch dem gewissenhaften Volksvertreter unmöglich gemacht wurde, ein klares Bild und Urteil über unsere Finanzlage zu gewinnen. Feststeht dagegen, daß die Steuervorschriften, soweit sie den Besitz betreffen, eine außerordentliche Bescheidenheit offenbaren: Wegen der eingetretenen Geldentwertung wird für die Selbstveranlager für das Jahr 1923 von einer Veranlagung zur Einkommensteuer abgesehen; statt dessen haben diese Steuerpflichtigen neben den geleisteten Vorauszahlungen zur definitiven Abgeltung ihrer Steuerschuld für 1923 ganze 25 Goldpfennig für je 1000 Mk. Steuerschuld des Jahres 1922 am 15. Dezember d. J. zu leisten. Das bedeutet zum Beispiel bei einem erklärten Einkommen (das wirkliche Einkommen ist ja stets weit höher!) für 1922 von 1 Million eine **Steuerleistung von nur 3,2 Prozent für 1923**, während der Lohnabzug für die Gehalts- und Lohnempfänger sich zwischen 6 und 8 Prozent bewegte.

So ist es denn auch nicht überraschend, daß aus allen diesen Zahlungen für die Einkommensteuer der Besitzenden ganze 50 Goldmillionen und aus der laut neuer Bestimmung sofort zu entrichtenden ganzen Ruhrabgabe

total 120 bis 130 Goldmillionen erwartet werden, Beträge also, die noch nicht zur Deckung eines Bruchteils unseres Defizits im Staatshaushalt genügen dürften.

Und da der Einfluß des Besitzes im entsprechenden Maße wächst, wie die Kontrolle der Öffentlichkeit ausgeschaltet ist, durch diese Ausschaltung der Öffentlichkeit man aber glaubt, dem sonst zu befürchtenden Druck der Massen ledig zu sein, wird wiederum der beliebte und bequeme Weg beschritten, daß

### Umsatzsteuer und Verbrauchssteuern erhöht und auf Gold gestellt

werden sollen. Wie aber verträgt sich dies mit dem angepriesenen Preisabbau, den angeblich das Kabinett betreibt? Wie wir in der Währungspolitik wiederholt auf sich einander konterkarierende Maßnahmen der Regierung hinweisen mußten, so jetzt wieder auf dem Gebiet der Preispolitik, denn es bedarf wohl keiner näheren Erörterung, daß selbstverständlich Umsatz- wie Verbrauchssteuern auf die Konsumenten abgewälzt und in erhöhten Preisen sich ausdrücken werden.

Aber auch damit hören die Sorgen des Proletariats noch nicht auf: Als brutalste und ungerechteste Steuer kommt noch

### die Mietssteuer

hinzu, die in der Weise geplant ist, daß ab Januar 1924 das Reichsmietengesetz aufgehoben wird. Allmählich soll dann die Friedensmiete wieder eingeführt werden in der Weise, daß beginnend mit 25 Prozent der Friedensmiete im Januar progressiv steigend bis zum Oktober 1924 die volle Friedensmiete erreicht wird, wovon der Hausbesitzer 50 Prozent erhält, während die weiteren 50 Prozent als Steuer abgeführt werden.

Dies dürfte wohl die brutalste Maßnahme und Einkommensquelle sein, die man sich leisten konnte und die man wohl kaum hätte durchsetzen können, wäre ihre Erörterung in aller Öffentlichkeit erfolgt und hätte die Volksvertretung ihre volle Verantwortung dafür übernehmen müssen. Muß man doch dieser unerträglichen Verteuerung der Lebenskosten gegenüberstellen die von der Regierung geförderte Lohnpolitik des Unternehmertums, die einem wirtschaftlich verelendeten Proletariat die allerschwersten Kämpfe aufzwingt.

So wird das deutsche Proletariat durch eine ungeheuer schwere Zeit hindurchgehen müssen. Aber doch wird die Bourgeoisie ihr endliches Ziel nicht erreichen, wenn die Arbeiterschaft es nicht will. Sollte es gelingen, mit Hilfe der drakonischen antisozialen Maßnahmen eine gewisse Belebung der Wirtschaft herbeizuführen, so kann doch auch das Proletariat aus dieser Wiederbelebung genügend Kraft schöpfen, um seinen politischen Einfluß — verstärkt durch die Anhängerschaft des exproprierten Mittelstandes — gegen den Klassengegner erfolgreich geltend zu machen, dessen kulturvernichtendes Wirken aufzuzeigen, ebenso wie seine Unfähigkeit, der Volksgemeinschaft Leben und Gesundheit zu erhalten, so daß diese Diktatur der Bourgeoisie zum Wegbereiter der schließlichen Herrschaft des Proletariats werden kann und muß.

## Die Entwertung des Dollars

Julian Vorhardt

Der 15. November sollte der Geburtstag der Rentenmark sein. An diesem Tage sollte mit der Ausgabe des neuen, angeblich wertbeständigen Zahlungsmittels begonnen werden, und das sollte der erste Schritt zur Wiederherstellung einer guten Währung sein, die ihrerseits das zerrüttete Wirtschaftsleben wieder in Ordnung bringen werde. So ist die Meinung aller Sachverständigen. Wenigstens all der Sachverständigen, die die Regierung um Rat zu fragen pflegt.

Wird sich die neue Währung bewähren? Wird die Rentenmark wirklich wertbeständig bleiben? Das ist die bange Frage, die jetzt alle Herzen erfüllt, obgleich man sie meist gar nicht auszusprechen wagt, weil darin allein ja schon ein Zweifel liegt. Sieht man aber die Kommentare durch, womit die Presse die Erörterungen über die Rentenmark begleitet hat, so scheint das Vertrauen in das Gelingen des Experiments eben nicht allzu groß zu sein. Überall liest man, daß die Rentenmark ganz sicher blühen und gedeihen werde, „wenn“ . . . . Und dann folgt eine Reihe von Bedingungen, die außerdem noch erfüllt werden müßten, die sich jedoch, wenn man näher zusieht, als unerfüllbar erweisen. Obenan steht gewöhnlich die Sanierung des Staatshaushalts: das Reich soll seine Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen. Ob es das können wird? Hand aufs Herz: Sollten nicht die meisten Verfasser ihre Artikel mit dem — vielleicht ihnen selbst nicht ganz klar bewußten — Hintergedanken geschrieben haben, hinterher, wenn die Sache schief geht, sagen zu können: „Habe ich das nicht gleich gesagt? Ja, wenn man die Vorbedingungen nicht erfüllt!“

In der Tat, wenn man die Erfahrungen betrachtet, die mit anderen „wertbeständigen“ Zahlungsmitteln gemacht worden sind, liegt kein Grund zu allzu großer Sicherheit vor. So hat man vor kurzem in Hamburg eine Art „Goldmark“ eingeführt, nämlich Verrechnungsanweisungen der eigens zu diesem Zweck neu gegründeten Hamburgischen Bank von 1923; Anweisungen, die auf Goldmark lauten und voll durch Goldguthaben gedeckt sind. Also eigentlich ein ideales Geld im Sinne der Rentenmark. Und der Erfolg? Am 14. November wußte die Frankfurter Zeitung zu berichten, daß schon wenige Tage nach der Ausgabe der Hamburger Senat sich veranlaßt sah, die Vergabe und Annahme der Anweisungen zu einem andern als dem amtlichen Berliner Dollarkurs durch eine besondere Verordnung zu verbieten. Der Kleinhandel aber half sich hiergegen, indem er die Grundpreise seiner Waren erhöhte, und zwar (schreibt die Frankf. Ztg.) „derart, daß die gute, voll gedeckte Hamburger Goldmark mit ihrer Kaufkraft weit hinter dem Schilling oder dem Goldfranken zurückblieb.“ Dagegen droht nun wieder der Staatsanwalt wegen Wuchers einzuschreiten. Indessen, was solche Drohungen helfen, kann man in der Geschichte der französischen Revolution nachlesen, wo die Unterbewertung der Assignaten sogar mit der Todesstrafe bedroht war.

Doch auch im übrigen Deutschland haben wir schon ein „wertbeständiges“ Geld gehabt, die Goldanleihe. Ursprünglich war sie als eine Anleihe des Reiches gedacht, und als solche hielt sie ihren Wert. Sobald man sie aber,

um von Heißhunger nach einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu stillen, in den Verkehr gab, kam sie nach wenigen Tagen ins Ruicksen.

Aber sie hat noch mehr vollbracht. Als Zahlungsmittel fungierte sie ja nur als Surrogat des Dollars. Man hatte gedacht, durch Fesselung an den Dollar sie zu stützen. Eingetreten ist das gerade Gegenteil. Nicht die Goldanleihe wurde durch den Dollar hochgehalten, sondern der Dollar wurde in ihren Sturz mit hineingezogen.

Der Dollar? Der König alles Geldes? Er, der uns als Grundlage und Maßstab dient? Er sollte entwertet sein? Das ist doch gar nicht möglich! Da schwinden ja alle festen Begriffe!

Und doch ist es so. An sich wird ja der Dollar schon lange als Zahlungsmittel in Deutschland gebraucht. Im Großhandel und unter der Hand. Man wußte es, man verbot es hin und wieder, und man duldete es. Das alles hat ihm nichts geschadet. Aber dann kam der Moment, wo man ihn offiziell anerkannte, zunächst in der Verkleidung als Goldanleihe und dann bald als Goldmark, deren Höhe man nach dem Dollar bemas (nämlich 1 Goldmark =  $\frac{10}{19}$  Dollar). In demselben Augenblick teilte der Dollar das Schicksal aller wirklichen Zahlungsmittel in Deutschland: er begann zu sinken, er entwertete sich.

Im Grunde weiß das jeder, der praktisch mit Dollars zu tun hat. Jeder Ausländer, ferner die Angestellten ausländischer Niederlassungen und Institute, die in Dollars bezahlt werden, und letzten Endes nun auch deutsche Arbeiter und Angestellte, seit ihr Lohn nach Goldmark, das heißt nach Dollars berechnet wird, sehen zu ihrem Schrecken, daß sie für dieselbe Summe Dollars immer weniger und weniger kaufen können. Und trotzdem — so seltsam ist das menschliche Herz — sträuben sie sich gegen die Erkenntnis, daß hier derselbe Vorgang sich abspielt, wie mit allem Gelde in Deutschland: eine Entwertung des Dollars. Vor dem Kriege konnte sich der Laie eine Entwertung des Geldes überhaupt nicht vorstellen, denn das Geld war ihm ja der Maßstab alles Wertes. 20 Mk. sind doch immer 20 Mk., so bekam man zur Antwort, wenn man etwa gelegentlich auf solche Dinge zu sprechen kam. Mit dieser Illusion hat ja nun der Krieg und die Nachkriegszeit grausam ausgeräumt. Der letzte Bauernjunge in Hinterpommern weiß heute, daß 20 Mk. durchaus nicht immer gleich 20 Mk. sind. Statt dessen hat nun der Laienverstand (und mit ihm der Vulgärökonom) den Dollar auf den Thron erhoben. Der gilt ihm jetzt als Urbild und Maß alles Wertes. Und nun soll auch dieser Göze schwinden! Was bleibt da übrig? Woran sollen sich Verstand und Einbildungskraft halten, wenn auch 1 Dollar nicht mehr gleich 1 Dollar bleibt?

Aber da hilft nichts. Der Wahrheit muß der Proletarier ins Auge sehen, wenn er aus diesem furchtbaren Chaos herauskommen und seine geschichtliche Mission als Erbauer einer neuen Gesellschaftsordnung erfüllen will. Und ein wichtiger Teil der Wahrheit ist die Einsicht, daß auch die Rechnung in Dollar (oder in „Goldmark“) uns nicht aus dem Trümmerselde herausführt, sondern im Gegenteil nur den Dollar mit in die allgemeine Zerrüttung hineingerät.

Ein paar Zahlen. Der Reichsindex der Lebenshaltung wird berechnet nach einer Ration, die vor dem Kriege 20,05 Mk. pro Woche kostete. Darin

sind aber nur enthalten die Kosten für Nahrung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung. Unter Hinzurechnung aller übrigen Lebensbedürfnisse kommt Professor Kuczynski auf 28,80 Mk. Das ist sicher nicht zu hoch, denn die „Rote Fahne“ berechnet dafür sogar 33 Mk. Ich will nun den Leser nicht mit langen Rechnungen langweilen, sondern teile kurz die Resultate mit, die jeder nachprüfen kann.

Ich berufe mich auf die „Industrie- und Handelszeitung“, sicher ein ganz unverdächtigter Zeuge, denn sie ist ein von Stinnes ausgehaltenes Unternehmerorgan. Wenn man deren Indexziffer mit der Grundzahl 28,80 multipliziert, so hat man von Woche zu Woche die Summe, die der Lebensunterhalt in Papiermark kostete. Diese Summe ist alsdann zu dividieren durch den jeweiligen amtlichen Berliner Dollarkurs. Denn nur zum amtlichen Kurs darf ja der Dollar (bzw. sein Surrogat, die Goldanleihe) umgewechselt werden, ganz gleich, wie hoch sein Kurs im Auslande steht. Und es ist auch nicht anzunehmen, daß es im Kleinverkehr allzu vielen Leuten gelingt, einen höheren Kurs zu erzielen. Durch dieses Rechenexempel erfährt man, wieviel Dollar von Woche zu Woche nötig waren, um dieselbe Lebenshaltungstration zu kaufen, die vor dem Kriege 28,80 Mk. kostete. Es waren:

in der Woche, endend am	18. Juli 1923	8,18	Dollar
„ „ „ „	8. August 1923	2,25	„
„ „ „ „	7. September 1923	2,45	„
„ „ „ „	5. Oktober 1923	4,—	„
„ „ „ „	12. „ 1923	2,05	„
„ „ „ „	19. „ 1923	3,87	„
„ „ „ „	26. „ 1923	3,73	„
„ „ „ „	2. November 1923	5,20	„
„ „ „ „	9. „ 1923	7,17	„
„ „ „ „	30. „ 1923	11,30	„
„ „ „ „	7. Dezember 1923	10,48	„

Die Tabelle zeigt mit aller Deutlichkeit, daß gegen die Mitte des Oktober — das ist die Zeit der offiziellen Anerkennung der Goldmarkrechnung — in den seitherigen leichten Schwankungen des Dollarwertes (der wohl zu unterscheiden ist vom Dollarkurs) zunächst ein Stillstand eintrat, der sich alsbald in eine scharfe und ziemlich schnell vorschreitende Entwertung umsetzt. Die leichte Besserung der ersten Dezemberwoche hat daran noch nichts zu ändern vermocht.

Genügt das immer noch nicht als Beweis, daß jedes, aber schlechthin jedes Geld, sobald es als Zahlungsmittel in den derzeitigen deutschen Verkehr geworfen wird, der Entwertung anheimfällt und daß folglich von dieser Seite her der deutschen Wirtschaft nicht geholfen werden kann?

Wer Ohren hat, zu hören, der höre! Aber sie wollen nicht hören, und am allerwenigsten die „Sachverständigen“. Denn sonst würden sie merken, daß die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft nicht von der Währung herkommt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: die kranke Währung ist eine Folge der kranken Wirtschaft. Dann aber müßte man die wahren Ursachen suchen und würde sie finden im Kapitalprofit. Deshalb schließen sie lieber die Augen und Ohren.

## Ein neues Attentat auf die Reichsbahn?

Lonny Sender, Frankfurt a. M.

Viele Wege führen nach Rom. Einige hat man schon versucht — allerdings bisher noch ohne Erfolg. Aber darum ist die Reise selbst noch nicht aufgegeben. Denn die Geier wittern wieder einmal Was: Durch die Einstellung der Schatzwechsel, die Diskontierungen durch die Reichsbank seit der Gründung der Rentenbank ist auch die deutsche Reichsbahn in nicht unerhebliche Zahlungsschwierigkeiten geraten. Allerdings entsteht der Fehlbetrag nicht im ordentlichen Etat, denn durch die Heraufsetzung der Tarife ist eine Sanierung des Budgets der Reichsbahn bewirkt. Die Schwierigkeiten entstehen in der Hauptsache vielmehr dadurch, daß ein notwendig gewordenes Bauprogramm in Angriff genommen worden ist, das an die Finanzkraft der Reichsbahn ungeheure Anforderungen stellte.

Nun kam aber — worauf Herr Oberregierungsrat Dr. Spieß in der Frankfurter Zeitung hinweist — durch den Ruhrkampf ein die ganze Entwicklung unterbrechendes Moment hinzu, indem durch den Ruhrkampf nicht etwa die Privatwirtschaft, sondern neben dem Reich fast ausschließlich die Reichsbahn belastet wurden, und zwar nicht nur durch den ungeheuren Ausfall an Einnahmen aus diesem sonst ertragreichsten Gebiet, sondern unerträglich noch durch die Aufbürdung der direkten Kosten für die Führung des Kampfes. Über „Vorschußkonto Rzbr.“ sollen bei der Frankfurter Reichsbahnverwaltung zeitweise 95 Prozent aller täglichen Kassenausgaben gelaufen sein.

Dann aber zeigte sich die weise Voraussicht unserer verantwortlichen Regierung darin, daß bei Stilllegung der Notenpresse die Reichsbahn ohne jedes Betriebskapital gelassen wurde, so daß sie außerstande war, ihren Zahlungsverpflichtungen für hinausgegebene Bestellungen nachzukommen. So war sie zunächst genötigt, um ein Moratorium nachzusehen, darüber hinaus aber auch gezwungen, für englische Kohle einen Kredit von 750 000 Pfundsterling aufzunehmen. Es werden jetzt die Bedingungen bekannt, zu denen der Kredit gewährt worden ist, und wenn auch die Reichsbahn in ihrer schwierigen Lage gezwungen war, darauf einzugehen, so muß doch vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß sie zu dem Empörendsten gehören, das wir selbst von jener Seite zu erleben gewöhnt wurden. Abgesehen von den finanziellen, verdienen vor allem die **Garantiebedingungen** alle Aufmerksamkeit. Die Reichsbahn garantiert der deutschen Verkehrskreditbank (dem betreffenden Finanzkonsortium) den Kredit nebst Zinsen durch:

1. Bestellung einer ersten Hypothek auf ihre bei Bitterfeld und Lübbenau gelegenen unaufgeschlossenen Braunkohlenfelder.
2. Das Deutsche Reichsindikat garantiert, daß es seine freien verfügbaren Exportdevisen am 1. Februar 1924 dem Kreditgeber bis zur Abdeckung des Gesamtkredits zur Verfügung stellt.
3. Ab 1. Februar 1924 stellt die Devisenbeschaffungsstelle des Reichs ebenfalls bis zur Abdeckung des Kredits in wöchentlichen Raten einen Betrag zur Verfügung, der einschließlich der Devisenzahlungen des Reichsindikats monatlich 300 000 Pfundsterling ausmachen soll.
4. Für den Kredit haben ferner erste deutsche Industriefirmen Einzelbeträge in einem Gesamtbetrag bis zu 1 Million Pfundsterling als Bürge zu zeichnen

Erst wenn noch weitere Garantien von deutschen Industriefirmen und Banken beigebracht werden, kann eine Ausdehnung des Kredits in Frage kommen.

Ist's nicht zu deutlich, daß das alte Manöver wiederbeginnt? Vor mehr als zwei Jahren setzte es ein mit dem famosen „Kreditangebot“ der Industrie, das sich hinterher als ein durchsichtiger Versuch zur Erlistung großer politischer und wirtschaftlicher Vorteile und Machtpositionen für das Privatkapital entpuppte. Dazu gehörte vor allem die Privatisierung der Reichsbahn. Geht man jetzt nicht ganz ähnliche Wege? Man betreibt nur das Geschäft mit etwas weniger Geräusch; aber zeigen nicht allein schon die unerhörten Bedingungen, die dem größten Wertrepräsentanten im Deutschen Reich durch eine vierfache Sicherstellung neben dem Sicherheitsobjekt, der Reichsbahn selbst, auferlegt werden, wie man in durchsichtiger Absicht wiederum bemüht ist, die Reichsbahn als einen „Bankrottbetrieb“ hinzustellen, der infolge seiner Verbürokratisierung keinen Kredit genieße? Dabei scheinen sich diesmal Banken und Industrie getreulich in die Hand gearbeitet zu haben. Spekuliert man etwa darauf, daß die Reichsbahn nicht in der Lage sein wird, am Ablauftermin ihren Verpflichtungen nachzukommen? Und soll dann zunächst bei den Braunkohlengruben zugegriffen werden, um alsdann an die Reichsbahn selbst Hand anzulegen? Wenn man erfährt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie bei der Vermittlung des Darlehens Vate gestanden hat, wird der Sinn des Abkommens schon deutlicher.

Die Verlängerer des Ruhrkrieges stürzen sich nun auf das Opfer des Kampfes. Sie sind es gewesen, die sich durch die Papiermarktkredite des Reiches zu Nutznießern dieses Wirtschaftskampfes gemacht haben, während auf die Reichsbahn, die von April bis Dezember 1922, also bis zum Ruhereinbruch eine aktive Bilanz zustande gebracht hatte, die ganzen finanziellen Folgen abgewälzt wurden, indem sie zum Brennpunkt des Kampfes ohne ihr eigenes Zutun gemacht wurde.

Angeichts dieser Tatsachen ist es allerdings eine unverzeihliche Unterlassungssünde der Reichsregierung und des zuständigen Ministeriums, dieses wichtigste öffentliche Verkehrsunternehmen durch das plötzliche und ohne jede Dotierung mit dem erforderlichen Betriebskapital eingetretene Abschneiden des Kredits die Reichsbahn erneut in eine katastrophale Lage gebracht zu haben, die sie dem auf Beute lauenden Privatkapital nahezu auslieferte. Unterdessen sorgt auch die dem Schwertkapital dienende Presse nach Kräften dafür, die Auffassung zu verbreiten, daß Mängel in der Geschäftsführung der Reichsbahn in solchem Maße vorhanden seien, daß diese kein Vertrauen genieße und darum sich die Behandlung eines bankrotten Schuldners gefallen lassen müsse. Diese rigorose Behandlung des Reichsbahnunternehmens muß natürlich auch dazu beitragen, seinen Kredit im In- und Ausland zu treffen, ja ihm selbst bei etwaiger Umwandlung der Betriebsform die Aufnahme von Kapital zu annehmbaren Bedingungen unmöglich zu machen.

Dann soll der Moment kommen, um nicht nur die Hand auf das Unternehmen selbst zu legen, sondern um es auch noch zu einem lächerlich unterbewerteten Preis zu schließen.

Und dabei wissen gerade diese Kreise am besten, wie leistungsfähig der Eisenbahn- und ihr Werkstättenbetrieb ist, ebenso wie bei Lokomotiven und Waggons die Privatunternehmen sehr wohl wissen, welches gutes Geschäft die Lieferungen an den Fiskus darstellen.

Zwar hat Herr Stinnes den Dementierapparat in Bewegung setzen lassen gegenüber den Gerüchten, daß er mit Bögler, Klöckner und Silberberg die Privatisierung der Eisenbahn betreibe — doch ist dies wahrlich kein Grund, sich einlullen zu lassen. Die Herren wissen aus Erfahrung, daß es unklug wäre, die Öffentlichkeit zu vorzeitig zu alarmieren, so daß ihnen noch rechtzeitig in die Karten geschaut und das ganze Spiel durchkreuzt werden könnte. Sie haben zum Beispiel auch aus ihrer Erfahrung mit der Rentenbank gelernt, daß sich solche Vorteile weit besser und reibungsloser erringen lassen, wenn man sie in der Stille und ohne die unkeuschen Augen der Öffentlichkeit heranreifen läßt. Soll auch hierzu das Ermächtigungsgesetz die Kulisse liefern?

Die parlamentarische Kontrolle ist zurzeit ausgeschaltet — um so aufmerksamer müssen die proletarischen Organisationen die gefahrdrohenden Vorgänge verfolgen und ihre Rolle des Wahrers des öffentlichen Interesses erfüllen. Nicht Privatisierung der Eisenbahnen, sondern Ausdehnung der Verstaatlichung durch Ausdehnung und Ausbau der produzierenden Betriebe, um sich weitgehendst freizumachen von dem unklugartigen Arbeiten durch Belieferung seitens der Privatindustrie — das allein kann den schon heute günstig arbeitenden Reichsbahnbetrieb weiter konsolidieren und ihn in den Dienst des Allgemeininteresses stellen. Gefahr ist in Verzug — die Gegner dieses neuen Attentats müssen sich zusammenschweißen, ehe es zu spät ist.

## Arbeitswissenschaft und Psychotechnik

Dr. Franziska Baumgarten, Berlin

(Schluß)

Obwohl die ersten Arbeiter über die Prüfung der Eignung und Berufsarbeit bereits im Jahre 1910 stattfanden (veröffentlicht wurden sie in Münsterbergs „Psychologie und Wirtschaftsleben“ 1912), haben sie nicht diese Wirkung, die man nach der Wichtigkeit des Themas erwarten könnte, hervorgerufen. Erst der Krieg, in welchem es galt, das beste Menschen- und Sachmaterial, den kühnsten und erfolgreichsten Flieger, den ausdauerndsten Soldaten, den schnellsten und vorzüglichsten Wagenlenker, die beste Qualität und die größte Quantität der Munition zu besitzen, gab auch zu zahlreichen Eignungsprüfungen Anlaß. Die ersten waren die Franzosen, die bereits 1915 eine Auslese der geeignetsten Flieger nach der Methode von zwei Ärzten Camus und Nepper eingeführt haben und einen Versuch machten, solche Prüfungen an Artilleristen durchzuführen. Ihrem Beispiel folgten die Italiener und Engländer. In Deutschland hat man Eignungsprüfungen an Chauffeuren und psychologische Untersuchungen an Schallmehtruppen, Fliegern und Funkentelegraphisten vorgenommen. Amerika, großzügig in allem, hat eine in der Wissenschaft bisher einzige und einzigartige Massenuntersuchung durchgeführt, und zwar hat sie nicht weniger als 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Soldaten psychologisch geprüft, um die Eignung eines jeden Soldaten zur verschiedenen Waffengattung festzustellen. Auch hinter der Front hat der Mangel an Menschenmaterial den Gedanken nahegelegt, durch Eignungsprüfungen die beste Leistung von jedem zu erhalten und auf diese Weise die Produktion zu steigern. Aus diesen Erwägungen heraus wurde in Deutschland die Auslese der Buchdrucker (in Stuttgart und Berlin), der Straßenbahnführer (in Hamburg und Berlin), der Lokomotivführer (in Dresden) vorgenommen. Außerdem wurden in Frankreich, England und Amerika Er-

müdungsstudien an Munitionsarbeitern (worüber später ausführlicher) gemacht. Nach dem Kriege ist die Mehrzahl dieser Untersuchungen als nicht aktuell zurückgestellt worden, dagegen tauchten neue Probleme auf:

1. Wie soll man die Kräfte der großen Zahl Kriegsinvaliden ausnützen und sie auf einen Weg bringen, auf welchem sie der Gesellschaft einen Nutzen bringen können und selbst die Schwere ihres Unglücks nicht fühlen würden? Sowohl in England wie Frankreich und Deutschland sind in dieser Beziehung viele wertvolle Bemühungen gemacht worden, indem man die Größe und den Grad der noch erhaltenen geistigen Kräfte der Kriegsinvaliden zu bestimmen und ihnen eine den erhaltenen Kräften entsprechende Beschäftigung zuzuweisen suchte. Wir nennen hier nur von deutschen Arbeiten diejenigen von Professoren Poppelreuther, Giese, Goldstein und Dr. Christians.

2. Der große Verlust an Menschen in den kriegführenden Staaten und die Notwendigkeit, die brachliegende Friedensindustrie zu beleben, führte nach den Erfahrungen mit Eignungsprüfungen im Kriege auf den Gedanken, die Auslese der Arbeiter in den Betrieben zur Erlangung der besten Leistung vorzunehmen. In allen Ländern Europas verbreitete sich, obwohl nicht im selben Maße, der Gedanke der Eignungsprüfungen, und in kurzer Zeit entstanden in Barcelona, Paris, London, Brüssel, Mailand, Genf, Zürich, Berlin, Dresden, Stuttgart spezielle Institute oder Abteilungen an den Hochschulen und Berufsämtern, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Das Interesse der Psychologen wurde für diese Frage so groß, daß vom Jahre 1920 drei internationale Kongresse (in Genf 1920, Barcelona 1921, Mailand 1922), speziell diesen Fragen gewidmet, abgehalten wurden.

In Deutschland hat sich eine besonders große Bewegung, die auf die Prüfung der Lehrlinge, die in den Berufsschulen angenommen wurden, abzielte, entwickelt. Bereits im Jahre 1917 hat der Direktor der Berufsschule der UG, Ingenieur Heilandt, als erster in Deutschland von den massenhaft bei den UG-Berufsschulen sich meldenden Lehrlingen nur solche aufgenommen, welche gewisse technische Aufgaben, die auf Vorhandensein der Handgeschicklichkeit, der Sinnesstüchtigkeit, der Aufmerksamkeit schließen ließen, angenommen. Ein Jahr darauf wurde bei der Ludwig Löwe A.-G. in Berlin auch eine solche Auslese nach der Methode Vilmann-Stolzenberg durchgeführt und fast gleichzeitig wurde auch eine Prüfungsmethode von Prof. Koede ausgearbeitet. Da die Auslese der Lehrlinge gute Resultate gezeigt hat: die „durchgesehenen“ Lehrlinge brauchten viel kürzere Lernzeit, beschädigten wenig Material und Werkzeuge und leisteten viel mehr als die nichtgeprüften Lehrlinge, haben sich eine große Reihe von Industriefirmen in Deutschland dieses Verfahrens bedient. So finden wir schon heute 33 Betriebe in Deutschland, wie UG-Berlin, Siemens & Halske-Berlin, Zeiß-Zena, MAN-Augsburg-Nürnberg, Siemens-Schudert-Nürnberg, Vorfig-Regel, Ostamerke-Berlin, Deutz-Köln, Adler-Berlin, Frankfurt usw., die sich der psychologischen Methode für die Auslese ihres Lehrlingsmaterials bedienen und die auch für gewisse Abteilungen ihrer Industrie Arbeiter nach dieser Methode auslesen. Vor Jahresfrist wurde sogar ein Reichsgesetz, welches solche Prüfungen obligatorisch für die schulverlassende Jugend machen sollte, erwogen.

Wir haben es also bei den Berufseignungsprüfungen mit einer Bewegung zu tun, die immer breitere Kreise um sich zieht und in erster Linie für die Arbeitnehmer, da sie doch Objekte der Untersuchung werden, von erstklassiger Bedeutung sind. Deshalb ist es notwendig, nach dieser kurzen Darstellung der Tatsachen sich auch über einige Fragen, die speziell für die Arbeiter von größter Bedeutung sind, Klarheit zu verschaffen. Zuerst ist hier die Frage zu stellen:

Welcher Nutzen und Schaden entsteht für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer von diesem Verfahren?

Folglich: Soll sich der Arbeiter wohlwollend oder ablehnend diesem Verfahren gegenüberstellen?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir zuerst darauf besonders aufmerksam machen, daß in den Berufseignungsprüfungen zwei verschiedene Richtungen unterschieden werden. Die eine prüft die Menschen, um die passendsten Personen für einen bestimmten Beruf auszuwählen. Das ist die sogenannte Personenauslese, häufig „Konkurrenzauslese“ genannt. Die zweite hat nur die Aufgabe, eine bestimmte Person in den für sie passenden Beruf zu bringen. Dies ist die Berufsauslese oder Berufsberatung. Das erste Verfahren ist verhältnismäßig sehr leicht, denn es handelt sich hier um eine Alternative: Besteht der Arbeiter die notwendigen fünf bis sechs Eigen-

schaften oder nicht? Die zweite Methode, die der Berufsberatung, ist eine viel schwierigere, weil sie die ganze Persönlichkeit des Betreffenden, also seine technischen und moralischen Eigenschaften, seine Neigungen in Betracht zieht, um zu sehen, für welchen von den vielen bestehenden Berufen eigentlich die Person am besten paßt. Hier muß also eine allseitige gründliche gewissenhafte Untersuchung des Menschen stattfinden, was nicht nur eine kurze Prüfung, sondern längere Beobachtung notwendig macht.

Aber noch ein weiterer wichtiger Unterschied kommt hinzu. Die „Konkurrenzauslese“ kümmert sich gar nicht darum, was aus dem abgewiesenen Prüfling später wird. Er scheidet einfach nach seinem schlechten Examen aus dem Interessentenkreis des Prüfers aus. (Nur in sehr großen Betrieben, wie es in Amerika der Fall ist, kann dieser Schaden der beruflichen Auslese ausgeglichen werden, indem der zu einer bestimmten Arbeit nicht als tauglich befundene Arbeiter an eine andere Arbeit gestellt wird.) Die Berufsberatung bemüht sich dagegen, jedem eine Stelle zuzuweisen, die seiner allgemeinen Veranlagung entspricht und ist solange am Prüfling interessiert, bis sie ihn untergebracht hat. Die Konkurrenzauslese ist also im Interesse jedes Arbeitgebers, der auf diese Weise aus einer Gruppe Anwärter in einigen Stunden (also ohne vorherige Probezeit, für die er bezahlen müßte) die besten und geeignetsten Arbeiter bekommt, die bessere oder raschere Arbeit leisten, weniger Unfälle verursachen und auf diese Weise die Produktion dann wesentlich steigern sowie eine kleinere Zahl der Angestellten notwendig machen. Je mehr Angebot als Nachfrage am Arbeitsmarkt herrscht, desto bessere Auswahl kann der Arbeitgeber treffen, während der Arbeiter im Fall eines übergroßen Angebots Gefahr läuft, nicht untergebracht zu werden.

Vom sozialpolitischen Standpunkt entsteht bei der „Konkurrenzauslese“ noch ein Bedenken: da die Psychologie bereits das **Mindestmaß** der Anforderungen formuliert, die für Ausübung des Berufs notwendig sind, jedoch für sie keine **obere Grenze** gesetzt hat, erhält bei der Konkurrenzauslese der Arbeitgeber nicht selten einen Angestellten, der zu tüchtig, also geradezu zu gut für die Arbeit ist. Der betreffende Arbeitgeber hat zweifellos einen Nutzen davon, während eine solche **Wegabgabe**vergeudung für die Allgemeinheit einen Schaden bedeutet.

Aus diesen Gründen wird die Konkurrenzauslese, die vorwiegend in Amerika und Deutschland verbreitet ist, von französischen und belgischen Psychologen als **inhuman** betrachtet und die Bemühungen werden in diesen Ländern bisher mehr auf die Berufsberatung, die in Berufssämtern erteilt wird, gerichtet.

Obwohl man diesen letzten Standpunkt anerkennt, muß man trotzdem zugeben, daß auch die Konkurrenzauslese dem Arbeiter gewisse Vorteile bringen kann, indem ein ungenügendes Resultat der Prüfung auf den Mangel an Befähigung in bestimmter Richtung hinweist.

### Von großem Wert ist aber die Berufsberatung für jeden Arbeiter.

1. Weil sie ihm Auskunft über die (möglichst sämtlichen) **besseren Fähigkeiten** gibt. In den meisten Fällen greift man zu einem Beruf durch günstige Arbeitsgelegenheit, Zuraten, Zufall. Man ist sich selbst über seine Fähigkeiten nur dann klar, wenn sie **ausgesprochen groß** sind oder wenn sie **gänzlich fehlen**. Der in mittlerem Grade **besseren Eigenschaften** ist man sich nicht bewußt. (Das „Erkenne dich selbst“ ist eine schwere Aufgabe auch bezüglich eigener Talente.) Der Prüfling, der den Arbeiter auf seine Fähigkeiten aufmerksam macht und ihn der ihm am meisten entsprechenden Arbeit zuweist, handelt in erster Linie im Interesse des Arbeiters selbst, denn der Arbeiter führt eine Arbeit, die seinen Fähigkeiten entspricht, mit Befriedigung und **Leichtigkeit** aus. Durch die leichte Ausführung kann er mehr schaffen und sich dadurch **materiell** besserstellen. Geschieht aber eine solche Beratung noch im jugendlichen Alter, so wird dadurch **vermieden**, daß man für einen Beruf, für den man nur wenig befähigt ist, ausgebildet wird. Der aus diesem Grunde jetzt noch so häufig vorkommende **Berufswechsel** im reifen Alter, der ja immer mit materiellem Schaden verbunden ist, wird dann unterbleiben.

2. Weil die Organisation der Betriebe in der Zukunft die **Verschiedenheit der menschlichen Eigenschaften** in Betracht wird ziehen müssen.

Es sind durch die moderne Arbeitsteilung gewisse Arbeiten vorhanden, die sehr **monoton** verlaufen und dadurch bei den Arbeitern **Unlust** hervorrufen. In einer sehr instruktiven Erhebung, die **Levenstein** an fast 2000 Arbeitern durchgeführt hat, sehen wir, daß dies bei 56,9 Prozent Personen der Fall ist, während nur bei 17 Prozent

das Zufügefühl auftrat. Durch die psychologischen Eignungsprüfungen haben wir ein Mittel gewonnen, für solche monotonen Arbeiten Personen auszuwählen, die keinen seelischen Schaden durch eintönige Arbeit erleiden. Auch für viele Arbeiten, die als unangenehm von der Allgemeinheit angesehen werden (bei hohen Temperaturen und in Betrieben mit starken und unangenehmen Gerüchen), kann man Menschen finden, die auf Grund ihrer Veranlagung wenig dafür empfindsam sind. Durch entsprechende Zuweisung von Arbeitern an solche Beschäftigungen kann man sehr viel Arbeitsunlust vermeiden und die Arbeitsfreude steigern.

3. Durch eine psychologische Eignungsprüfung werden die Angestellten von einseitiger Beurteilung durch Vorgesetzte unabhängig gemacht. Wir wissen doch, wie oft die Angestellten nach dem Schein beurteilt werden und wie dieser Schein trügt. Die psychotechnische Prüfung gibt ein von jeden persönlichen Rücksichten unabhängiges Zeugnis einer Befähigung. Wird die Zeit kommen, in welcher für die Anstellung eines jeden nur die durch einen Fachpsychologen festgestellte Eignung ausschlaggebend sein wird, so wird auch das Wohlwollen der Meister und jede Protektion und Konzeption fortfallen.

4. Die Verachtung, die man noch jetzt den Handarbeitern entgegenbringt, wird durch psychotechnische Eignungsprüfungen schwinden müssen. Während der Zeit den Qualitätsarbeiter an den Werkzeugmaschinen als einen Mann von geringen Fähigkeiten ansetzt, weil die Maschine ja alles leistet, zeigt der psychologische Befund, in welcher erstaunlichen Weise der Präzisionsarbeiter dauernd die für seine Arbeit erforderliche feine Einstellung bis auf Bruchteile eines Millimeters vornehmen kann. Es erweist sich, daß durch die Mechanisierung der Industrie, die den Arbeitern grobe Arbeiten abnimmt, große Ansprüche an Feineinstellungen von Augen und Hand gestellt werden, denen keineswegs jeder beliebige Mensch gewachsen ist. Diese Feststellung muß auch die Würdigung solcher Leistung zur Folge haben. Der Handarbeiter wird gegenüber dem Kopfarbeiter nicht als eine Minderwertart — wie es noch häufig der Fall ist —, sondern als eine Sonderart angesehen werden müssen.

Diesen Tatbestand haben die amerikanischen Arbeiter ganz gut begriffen, indem die Angestellten eines großen Betriebs, wie es in den Berichten des Psychotechnikers Henry Vink heißt, sich mit besonderer Bereitschaft prüfen ließen und die Prüfung als Steigerung des Ansehens ihres Berufs aufgefaßt haben.

Aber es entsteht hier eine andere Frage. Da es sich bei diesen Prüfungen um Menschenschicksale handelt, so ist zu bedenken: Sind wir wissenschaftlich wirklich so weit, daß man fehlerlos und mit voller Verantwortung solche Prüfungen vornehmen kann? Kann sich der Arbeiter mit vollem Vertrauen solchen Prüfungen hingeben? Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus muß man diese Fragen entschieden verneinen. Was die Wissenschaft positiv hierüber bestimmen kann, ist sehr wenig. Es ist viel weniger sogar, als man sich nach der Verbreitung der psychotechnischen Eignungsprüfungen eigentlich vorstellen kann. Es gibt ganze Gebiete der menschlichen Fähigkeiten, wie Gefühle, Wille, moralische Eigenschaften, über die die praktische Psychologie fast gar nichts aussagen kann und die doch eine große Rolle in der Berufsausübung spielen. Auch den bisher am meisten fortgeschrittenen Prüfungen der intellektuellen Eigenschaften hatten viele Fehler an, die auf jedem Kongreß zur Diskussion standen, die man aber hier, da sie rein wissenschaftlicher Natur sind, nicht weiter erörtern kann. Ferner haben wir bis jetzt noch keine genügende Kontrolle, inwieweit sich im Laufe der Praxis diese Prüfungen bewährt haben. Die Ursache solcher Diskrepanz zwischen Verbreitung und tatsächlichem Wert der Prüfungen liegt darin, daß diese Prüfungen während des Krieges entstanden sind, wo es galt, mit schnellen, manchmal auch voreiligen Ergebnissen in die Praxis zu kommen und wo auch ein kleines Resultat Bedeutung hatte. Nach dem Kriege haben die ungünstigen materiellen Verhältnisse, in welchen sich die Wissenschaftler befanden, dazu beigetragen, daß die Art der Forschung sich nicht geändert hat. Es mußten Bestellungs- und Terminarbeiten geleistet werden, die Lösung war: „immer schneller und weiter!“ Deshalb sind die Arbeiten auch namhafter Psychotechniker sehr oft nicht bis zu Ende durchdacht und durchgearbeitet.

Da die Eignungsprüfungen eine Möglichkeit darstellten, einen materiellen Nutzen aus der Wissenschaft zu ziehen, so arbeiten manche Institute mit einer Respektlosigkeit über den tatsächlichen Bestand der Wissenschaft täuscht und mit Absicht den Anschein erwecken will, als ob diese Wissenschaft bereits große Resultate erzielt habe. Für den Notbedarf haben sie die Prüfungen möglichst einfach gestaltet und so den Anschein

erweckt, als ob die Prüfung keine schwierige Aufgabe sei. Dadurch haben sich öfters Menschen an die Prüfung gewagt, die keine genügende Ausbildung besaßen und Fehler machen konnten.

Da die Betriebe von der Anwendung der psychotechnischen Prüfungen einen Nutzen im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf erhofften, die Prüfungen deshalb als Betriebsgeheimnis angesehen haben und sie nicht der Öffentlichkeit übergaben, so wurde eine Kritik der angewandten Methoden von Seiten der Wissenschaftler unmöglich gemacht und deshalb ein Dilettantismus großgezogen.

Außer diesen Übeln besteht zwischen der Wissenschaft und der Industrie ein prinzipieller Gegensatz, der auf die Entwicklung dieser Prüfungen hemmend wirkt.

Für die Praxis ist es ausreichend, wenn auch nur fünf Prozent des untauglichen Menschenmaterials ausgeschieden werden, sie erlangt schon dadurch eine Steigerung der Produktion. Wenn aber der Wissenschaftler in fünf Fällen von hundert Erfolg durch seine Methode erhält, so ist das für ihn ein Ergebnis, mit dem er sich keinesfalls zufriedenstellen kann. Er kann ja dann selbst nicht wissen, ob diese fünf Prozent nicht durch Zufall, der nichts mit der Güte seiner eigenen Methode zu tun hat, verursacht worden ist. Er muß daher bestrebt sein, eine viel höhere, also 80 Prozent Treffsicherheit zu erlangen. Für einen Arbeiter ist aber eine noch größere Treffsicherheit notwendig, denn für einen jeden, als einer Persönlichkeit, sind ja die Vorzüge einer guten Beratung erwünscht. Die Interessen der Privatwirtschaft decken sich also nicht mit der Forderung der Wissenschaft. Deshalb spricht die Einführung der Prüfungen durch Betriebe nicht für den wissenschaftlichen Wert der Methode. Ein großer Betrieb kann sich ja immer den Luxus leisten, ein psychotechnisches Laboratorium zu unterhalten, das ihm, wenn nicht gleich, so in der Zukunft einen Nutzen bringen wird.

Alle diese Gefahren könnten eigentlich nur dann voll und ganz beseitigt werden, wenn es in einem Staate überhaupt keine privatwirtschaftlichen Betriebe gäbe und die Psychotechniker gar keine privaten Aufträge der Industrie anzunehmen brauchten. Die Prüfungen würden dann sorgfältiger, ohne Hast und Eile, ausschließlich im Interesse der Arbeiter unternommen werden.\* Da dies in absehbarer Zeit doch nicht der Fall sein kann, so muß daher vorläufig der größte Vorbehalt gegenüber den psychotechnischen Prüfungen geübt werden. Es ist sehr erwünscht, wenn sich die Arbeiter immer zur Verfügung einer rein wissenschaftlichen Untersuchung dieser Art stellen würden, aber sie sollen das Urteil nie als absolut zwingend betrachten. Der Stand der psychotechnischen Eignungsprüfungen sowohl in der Konkurrenzauslese wie in der Berufsberatung ist zurzeit derart, daß man ihnen nur eine beratende, nicht aber entscheidende Stimme zusprechen kann.

Von einem französischen Psychologen wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß die allgemeine Einführung der Eignungsprüfungen in der Industrie eine größere Revolution in ihr hervorrufen wird als seinerzeit die Einführung der Maschine. Wenn man auch dieses Urteil nicht ganz teilen kann, so muß man doch die Rolle, die in der Zukunft den richtig und ehrlich durchgeführten Eignungsprüfungen zukommen wird, hoch bemessen, und es ist daher im Interesse des Staates sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, diesem Problem möglichst große Beachtung zu schenken und die wissenschaftlichen Untersuchungen in dieser Richtung mit allen Mitteln zu fördern.

\*\*\*

\*\*\*

\*\*\*

## Bücherbesprechung

Dr. Oskar Stille: Einführung in die Nationalökonomie. III. Theorie des Lausches (Verlag Rabitsch & Wönnich, Würzburg). — Das Buch ist der III. Band einer von dem bekannten Verfasser herausgegebenen Bücherreihe, das sowohl dem Studierenden wie dem im praktischen Wirtschafts- und politischen Leben Stehenden eine sehr anschauliche und verständliche Einführung in die Hauptprobleme der Volkswirtschaft gibt. Die Arbeiten des Verfassers und so auch die vorliegende zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich nicht

\* Viele richtige Ansichten hierüber wurden von H. Sachs in ihren Schriften: „Die Träger der experimentellen Eignungspsychologie“ und „Zur Organisation der Eignungspsychologie“ ausgesprochen.

mit einer Erörterung von Theorien begnügen, sondern die ökonomischen Erscheinungen der Gegenwart ebenfalls einer Analyse und Erläuterung unterzieht. So geht Dr. Stillich auch in der vorliegenden Behandlung der Theorie des Tausches nach einer historischen Schilderung der verschiedenen Wirtschaftsstadien auf die scheinbare Rückkehr zur Naturalwirtschaft ein, wie sie im Zeichen der Inflation ihren Ausdruck fand in den verschiedenen Formen der Naturalwährung, wie Roggen- und Braunkohlenanleihen usw. Dem schließt sich im zweiten Teil eine kurze Darstellung der verschiedenen Werttheorien und der über Wesen und Bildung des Preises an, indem wiederum in sehr populärer Weise die Theorien der bedeutungsvollsten Nationalökonomien in ihren Hauptzügen geschildert werden. Natürlich kann das Büchlein nicht das Studium der wissenschaftlichen Werke selbst überflüssig machen und will es auch nicht. Aber es gibt, gerade weil es neben theoretischer Darstellung stets mitten ins praktische Leben hineinfährt, die Anregung zu solchem Studium, da durch Stillichs lebendige Schilderung die Materie an Trockenheit und Sprödigkeit verliert und auch bei dem fernstehenden Interesse für das behandelte Stoffgebiet erwecken muß.

**Die Tscherwonewährung in Rußland.** Diese von der Garantie- und Kreditbank für den Osten herausgegebene Schrift gibt eine knappe Darstellung von der Entwicklung des Geldumlaufs und der Staatsfinanzen Rußlands und geht dann ausführlich auf den Übergang zu der auf Goldbasis beruhenden neuen Tscherwonewährung ein. So sehr man noch in Deutschland vor wenigen Jahren glaubte, mit ein paar spöttischen Randbemerkungen über Rußlands Staatsfinanzen zur Tagesordnung übergehen zu können, so müssen wir uns doch heute eingestehen, und die vorliegende Schrift bestätigt es uns, daß man im Sowjetstaat uns auch auf dem Währungsgebiet ein Stück vorangegangen ist. Banktechnisch ist sogar das russische neue Zahlungsmittel besser aufgezo- gen, als zum Beispiel die Rentenmark, indem die Deckung durch Gold in Barren und Münzen sowie andere Edelmetalle und durch wertbeständige ausländische Geldsorten und schließlich durch Waren, Wertpapiere und Warenwechsel erfolgt. Man hat also in Rußland auf die in Deutschland gewählte Zwischenlösung einer nur durch hypothekarische Belastung gesicherten privaten Währung verzichtet, und es ist auch in der Tat gelungen, das neue Geld einigermaßen in Parität mit den Devisen zu halten. Sehr interessant sind die Ausführungen über die Maßnahmen, die zur Stützung des Kurzes ergriffen wurden und die ohne besondere Anspannung der ausländischen Devisenfonds durchgeführt werden konnten. Heute ist der Tscherwonew bereits an vielen ausländischen Börsen gehandelt und hat in Rußland selbst den Umlauf an fremden Zahlungsmitteln zurückgedrängt. L. S.

**Betriebsräte! Vertrauensleute! Verbandsmitglieder!**

Niemand verfäume die Anschaffung  
des neu erschienenen Wertes:

**Konzerne der Metallindustrie**

Herausgegeben vom Vorstand des DMV, Stuttgart

Zu beziehen

durch jede Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes